

EGÖD stellt sich der EU-Erweiterung

Der **Europäische Gewerkschaftsverband für den öffentlichen Dienst (EGÖD)** begrüßt die zehn neuen Mitglieder der Europäischen Union (EU) im Geiste der Solidarität. Der EGÖD ist davon überzeugt, dass dem gemeinsamen Interessen der alten und der neuen Mitgliedstaaten nur dann gedient werden kann, wenn das europäische Sozialmodell durch diese historische Erweiterung gestärkt und nicht in Frage gestellt wird.

Die **Entschließung R5: Öffentliche Dienste in einer erweiterten Europäischen Union (EU)**, die auf dem 7. EGÖD-Kongress in Stockholm vom 14. – 17. Juni 2004 vorgelegt wird, nennt eine Vielzahl von Punkten, die mit der EU-Erweiterung aktuell werden. Damit ist auch die Richtung für die EGÖD-Position in dieser Frage für die nächste vierjährige Kongressperiode vorgegeben.

Die EU-Erweiterung wird als eine Möglichkeit begrüßt, „die Entwicklung innerhalb Europas zu mehr Frieden, Stabilität und Wohlstand auch in Zukunft zu fördern.“ Es wird aber auch kein Zweifel daran gelassen, dass „die erweiterte Europäische Union nicht nur als erweiterter Binnenmarkt angesehen werden darf“. Nach Aussage des EGÖD-Dokuments wäre dies fatal für die soziale Gerechtigkeit und den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt. Weiterhin geht das Dokument auf so akute Fragen wie Privatisierungen und die Rolle der globalen Institutionen bei der Thematisierung der Wirtschafts- und Sozialstrukturen der neuen Mitgliedstaaten ein.

Die Reform der Strukturen der öffentlichen Verwaltung ist ein Thema, dem die potenzielle EGÖD-Grundsatzposition einen hohen Stellenwert einräumt. Das gilt auch für die Dezentralisierung und die verwaltungstechnischen Fähigkeiten. Die schwache gewerkschaftliche Infrastruktur und Kultur, die in Mittel- und Osteuropa deutlich zutage tritt, und die Ausnutzung dieser Defizite durch skrupellose Arbeitgeber sind ein weiteres akutes Problem. Vor diesem Hintergrund beschreibt das Kongressdokument knapp einen zielgerichteten Arbeitsplan.

EGÖD-Generalsekretärin Carola Fischbach-Pyttel antwortete auf die Frage, wie die Gewerkschaften auf die größte Erweiterungsaktion in der Geschichte der EU reagieren werden: „Die EU-Erweiterung verlangt Solidarität, beinhaltet aber auch eine unglaubliche Herausforderung. Die wenig differenzierte und opportunistische Propagierung neoliberaler Wirtschaftspraktiken in den neuen Mitgliedstaaten muss bekämpft werden. Gewerkschaften wie der EGÖD müssen kreative Vorschläge für reformierte und revitalisierte öffentliche Sektoren vorlegen und gleichzeitig eigene Organisationen, Strukturen und Praktiken mit neuem Leben erfüllen.“

Das Kongressdokument beschreibt genau, wie diese ehrgeizigen Ziele erreicht werden können: „Es sind wirkungsvolle Instrumente gefragt, um die kontinuierlichen Wandlungs- und Anpassungsprozesse in der erweiterten EU in die richtigen Bahnen zu lenken und dabei wirtschaftliche Effizienz mit Werten wie der Solidarität innerhalb der sozialen Marktwirtschaft und der Demokratie in allen Bereichen der Gesellschaft zu verbinden. Dazu gehören auch die Arbeitswelt und die Anerkennung der Verantwortung der Sozialpartner.“

In der Praxis bedeutet dies eine Forderung nach uneingeschränkten Gewerkschaftsrechten und nach einem umfassenden Beitrag zur politischen Gesellschaft und zur Zivilgesellschaft in Verbindung mit guten Praktiken im wirtschaftlichen, sozialen und demokratischen Bereich. Dabei geht es um „geeignete Instrumente“ und die effiziente Umsetzung der sozialen Errungenschaften der EU in die Praxis. Derartige Maßnahmen werden als Gegengewicht zu den potenziell negativen Nebenwirkungen der Freizügigkeit gesehen, wie sie in Form von Sozialdumping und Abwanderung von Fachkräften beschrieben worden sind.

Die Privatisierung und Eigentümerkonzentration im Sektor der Versorgungsbetriebe zum Beispiel und die Aktivitäten der Weltbank und anderer internationaler Organisationen, die die Privatisierung des Gesundheitswesens und anderer wichtiger öffentlicher Sektoren als programmatische Ziele sehen, müssen uns alarmieren. Der Umbau öffentlicher Verwaltungen ist, soweit es das EGÖD-Dokument betrifft, ein „laufendes Projekt ohne definiertes Erfolgsdatum.“

Als Alternative gilt das „europäische Sozialmodell auf der Grundlage von qualitativ hochwertigen öffentlichen Diensten, starken Gewerkschaften und einem lebendigen sozialen Dialog und Kollektivverhandlungen.“ Eine Beteiligung an der IÖD-Kampagne über hochwertige öffentliche Dienste, die auch eine „positive Reform des öffentlichen Dienstes“ beinhaltet, gehört ebenfalls zu diesem Prozess. Darin eingeschlossen ist eine offensive Förderung der Kultur der Kollektivverhandlungen und die Bereitstellung optimaler Bedingungen für einen richtigen sozialen Dialog.

- Ende -